

**FÜNF JAHRE  
KOALITIONS BETEILIGUNG  
DER CDU-FRAKTION BERLIN  
FÜNF GUTE JAHRE  
FÜR DIE INNERE SICHERHEIT  
DER WACHSENDEN STADT**

**BESCHLUSS DER CDU-FRAKTION BERLIN  
SONNTAG, 24. APRIL 2016**

**CDU**

FRAKTION  
BERLIN

# 1 **FÜNF JAHRE KOALITIONS BETEILIGUNG DER CDU-** 2 **FRAKTION BERLIN - FÜNF GUTE JAHRE FÜR DIE** 3 **INNERE SICHERHEIT DER WACHSENDEN STADT**

## 4 **Präambel**

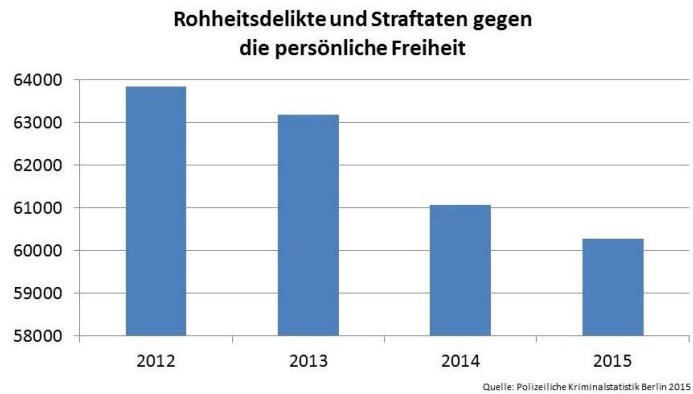
5 Die Berliner CDU-Fraktion war, ist und bleibt die entscheidende politische Kraft für mehr  
6 innere Sicherheit in Berlin. Den verantwortungslosen Personalabbau bei unseren Sicher-  
7 heitsbehörden durch die rot-roten Vorgängersenate haben wir gestoppt. Wir bereiten die  
8 Sicherheitsbehörden darauf vor, auch in der wachsenden Stadt die öffentliche Sicherheit  
9 und Ordnung zu gewährleisten. Wir wissen: Die Berlinerinnen und Berliner haben einen  
10 Anspruch auf ein Höchstmaß an Sicherheit und auf eine effektive Bekämpfung der Krimi-  
11 nalität in unserer Stadt. Das subjektive Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger  
12 ist Voraussetzung für eine hohe Lebensqualität, deshalb wollen wir auch weiterhin alles  
13 tun, um dieses hohe Gut zu schützen. Die Berliner Polizei leistet jeden Tag enorm viel, da-  
14 mit nirgendwo in unserer Stadt rechtsfreie Räume entstehen. Das ist ein harter Job, der  
15 viel Kraft kostet und nur mit viel Einsatz und Engagement zu leisten ist, sich aber jeden Tag  
16 aufs Neue lohnt. Nach fünf Jahren Koalitionsbeteiligung der CDU-Fraktion kann sich die  
17 Bilanz des Erreichten sehen lassen. Wir wissen aber auch: Es bleibt noch viel zu tun. Die  
18 Berliner CDU-Fraktion nimmt diese Herausforderung auch künftig an – für ein starkes Ber-  
19 lin.

## 20 **Mehr innere Sicherheit in Berlin – ein Erfolg der CDU-Fraktion Berlin**

### 21 ***Gewaltkriminalität deutlich gesunken***

22 Die Berliner CDU-Fraktion hat gemeinsam mit Innensenator Henkel vor allem der Gewalt  
23 den Kampf angesagt. Die kriminalstatistische Entwicklung der letzten Jahre zeigt, dass wir  
24 dieses Ziel erreicht haben. Die Gewalt ist in Berlin auf dem Rückzug. Seit Mitte der neun-  
25 ziger Jahre war die Gefahr, Opfer einer Gewalttat zu werden, nicht mehr so gering wie  
26 heute. Die Fallzahlen im Jahr 2015 für Mord und Totschlag haben nach 2013 den zweit-  
27 niedrigsten Wert im Zehnjahresvergleich erreicht. Die Zahl der vollendeten Tötungsdelikte  
28 liegt auf dem tiefsten Stand der letzten zehn Jahre. Auch die Zahl der Vergewaltigungen  
29 und sexuellen Nötigungen ist deutlich zurückgegangen. Bei den Rohheitsdelikten haben

30 wir ein Rekordtief erreicht. Die  
31 Zahl der Raubtaten ist auf den  
32 niedrigsten Wert im Zehnjahres-  
33 vergleich gesunken. Und auch die  
34 Jugendgruppengewalt ist klar  
35 rückläufig. Auffallend stark ist der  
36 Rückgang der Gewaltdelikte aber  
37 vor allem auf öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen.



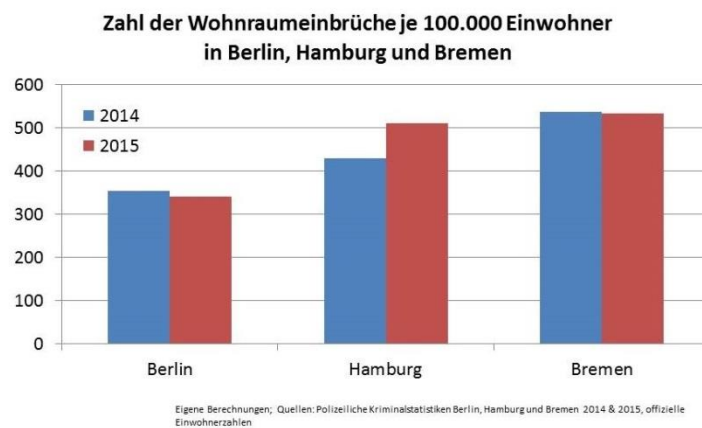
38 Dieser Erfolg ist kein Zufall, sondern das Ergebnis richtiger politischer Schwerpunktset-  
39 zung und harter Arbeit, besonders unserer Polizistinnen und Polizisten. Die Berliner CDU-  
40 Fraktion hat gemeinsam mit Innensenator Henkel dafür gesorgt, dass die polizeiliche Prä-  
41 senz auf öffentlichen Straßen und Plätzen, aber auch an den stadtbekanntesten Kriminalitäts-  
42 schwerpunkten deutlich erhöht wird. Auf dem Alexanderplatz hat die Implementierung  
43 eines Kontaktmobiles und eines Direktionskommandos in den Schwerpunktzeiten dazu  
44 geführt, dass Polizeidienstkräfte nicht nur schneller einschreiten können, sondern dass  
45 Polizei für alle sichtbar und ansprechbar geworden ist. Dadurch ist nicht nur das subjektive  
46 Sicherheitsgefühl der Menschen, sondern auch die Zahl der registrierten Gewaltvorfälle  
47 am Alex kontinuierlich gesenkt worden. Auch am Bahnhof Zoo wurde im Rahmen der Um-  
48 setzung einer verstärkten polizeilichen Präsenz in der City West ein Servicebüro eingerich-  
49 tet. Und nicht zuletzt wurde die Streifentätigkeit der Polizei an Kriminalitätsschwerpunk-  
50 ten erhöht. 2014 wurde zudem eine Fahrradstaffel aufgestellt.

51 Auch die Sicherheit im öffentlichen Nachverkehr war und ist uns ein wichtiges Anliegen.  
52 Unabhängig von der Tageszeit soll sich niemand davor fürchten müssen, den Öffentlichen  
53 Personennahverkehr (ÖPNV) zu nutzen. Deshalb haben wir die Kooperation mit der BVG  
54 weiter ausgebaut. Wir haben die Speicherfristen für Videoaufzeichnungen auf 48 Stunden  
55 erhöht und den Ausbau der Videoüberwachung im ÖPNV gemeinschaftlich mit BVG, S-  
56 Bahn und Deutscher Bahn vorangetrieben. Durch die hohe Zahl an Straftaten, die jedes  
57 Jahr dank der Videoaufzeichnungen aufgeklärt werden konnten, sehen wir uns darin bestä-  
58 tigt. Die Polizei hat, seitdem die CDU in Berlin mitregiert, jährlich rund 160.000 Einsatz-  
59 kräftestunden im ÖPNV geleistet und damit im Durchschnitt rund doppelt so viel wie in  
60 den fünf Jahren davor. Die Polizei ist auch im ÖPNV sichtbarer geworden.

## 61 **Eigentumskriminalität angehen**

62 Bundesweit steigen die Delikt-Zahlen in der Eigentumskriminalität rasant an. Diese Ent-  
63 wicklung, für die es viele Ursachen außerhalb des Einflussbereiches der Landespolitik gibt,  
64 betrachten wir zunehmend mit Sorge. Kfz-Diebstahl, Fahrraddiebstahl und nicht zuletzt  
65 das Massendelikt Taschendiebstahl werden für die Berlinerinnen und Berliner, aber auch  
66 für die Millionen von Besuchern unserer Stadt, zunehmend zum Ärgernis. Die Polizei un-  
67 ternimmt vielfältige Anstrengungen, um präventiv und repressiv gegen die zumeist gut  
68 organisierten Diebesbanden vorzugehen. Die Polizei führt regelmäßige und oft kreative  
69 Aufklärungskampagnen zur Thematik durch, und findet große Aufmerksamkeit in der Be-  
70 völkerung. Dennoch bleibt viel zu tun, um vor allem die Quote der aufgeklärten Fälle deut-  
71 lich zu verbessern.

72 Für die Geschädigten besonders  
73 belastend ist die Einbruchskri-  
74 minalität. Der mit dem Einbruch  
75 in die Wohnung einhergehende  
76 schwerwiegende Eingriff in die  
77 Privatsphäre des Opfers wirkt  
78 häufig traumatisierend und be-  
79 lastet das subjektive Sicher-



80 heitsempfinden. Deshalb war es richtig, dass Innensenator Henkel hier einen weiteren  
81 Schwerpunkt polizeilicher Arbeit gesetzt hat. Die Polizei hat mit viel Einsatz durch speziel-  
82 le Fahndungseinheiten, Fachkommissariate und einer intensiven Zusammenarbeit mit der  
83 Staatsanwaltschaft einiges erreichen können. Wir wollen aber auch über moderne Metho-  
84 den zur Einbruchsbekämpfung nachdenken und den Einsatz einer sog. Prognosesoftware  
85 in Berlin prüfen. Insgesamt steht Berlin beim Wohnraumeinbruchsdiebstahl deutlich bes-  
86 ser da als viele andere Regionen Deutschlands. Auch der Anteil der im Versuch steckenge-  
87 bliebenen Taten, hat deutlich zugenommen: Vier von zehn Taten bleiben erfolglos. Dies ist  
88 kein Zufall. Hier zeigt sich, dass die Initiative des Innensensors, das Beratungsangebot  
89 der Polizei zur Einbruchsprävention wieder kostenlos anzubieten, absolut richtig war. Pri-  
90 vatleute und Geschäftstreibende nutzen dieses Angebot intensiv – jährlich werden rund  
91 6.000 Gespräche geführt. Flankiert wird dies durch die Aktion „Nachbarn passen auf“. Dass  
92 der Bund nunmehr über die KfW durch Zuschüsse und vergünstigte Kredite bauliche Si-

93 cherungsmaßnahmen zum Einbruchschutz für Eigenheimbesitzer fördert, begrüßen wir  
94 sehr.

### 95 ***Druck auf Drogenszene aufrechterhalten***

96 Eine besondere Herausforderung für die Polizei stellen die Kriminalitätsbrennpunkte im  
97 Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg dar. Das Kottbusser Tor, der Görlitzer Park und das RAW-  
98 Gelände haben bereits Bekanntheit im Zusammenhang mit Diebstahl, Raub und Drogen-  
99 handel erlangt. Alle drei Bereiche sind längst zum Tätigkeitsschwerpunkt für die Polizei  
100 geworden. Mit viel Aufwand setzt die Polizei Recht und Ordnung durch. Ein Schwerpunkt  
101 der polizeilichen Maßnahmen liegt dabei vor allem auf der Bekämpfung der Drogenkrimi-  
102 nalität. Ziel ist es, den Dealern durch permanenten Druck das Geschäft so unattraktiv wie  
103 möglich zu machen. Die im Görlitzer Park gefahrene Null-Toleranz-Strategie zeigt bereits  
104 erste Erfolge. Die Zahl der vorläufigen Festnahmen, Personenüberprüfungen, Strafanzei-  
105 gen und Platzverweise hat deutlich zugenommen. Die im Rahmen der vom Innensenator  
106 initiierten Task Force erfolgte Kräftebündelung hat nicht nur zu erfolgreichen Schlägen  
107 gegen die Hintermänner geführt, sondern auch zu zahlreichen Haftbefehlen. Dennoch  
108 werden wir einen langen Atem bei der Bekämpfung der Drogenkriminalität brauchen. Wir  
109 sprechen uns klar gegen eine Legalisierung von Cannabis aus, die unabsehbare gesund-  
110 heitliche Folgen für unsere Jugend mit sich bringt und aus Berlin ein Eldorado für den Dro-  
111 gentourismus macht. Während andere von „Coffeeshops“ träumen, gehen wir das Problem  
112 konsequent und entschlossen an.

### 113 ***Organisierte Kriminalität entschlossen bekämpft***

114 Wir haben gemeinsam mit dem Innensenator den Kampf gegen die Organisierte Kriminali-  
115 tät in den letzten fünf Jahren entschlossen geführt. Durch intensive Ermittlungsarbeit und  
116 spektakuläre Großeinsätze und Razzien konnten wichtige Erfolge erzielt werden, von de-  
117 nen ein klares Signal ausgeht: Wir werden in Berlin keine rechtsfreien Räume dulden. Den  
118 Rockerbanden, die durch hohe Gewaltbereitschaft und ihre Verstrickung in Drogenhandel,  
119 Schutzgelderpressung und Zwangsprostitution immer wieder aufgefallen sind, haben wir  
120 entschieden zugesetzt. Die Polizei hat den Druck auf diese Szene durchgehend auf einem  
121 hohen Niveau aufrechterhalten. Intensive Kontrollmaßnahmen, Vereinsverbote und die  
122 Inhaftierung von Führungspersonen haben den Rockern vor Augen geführt: Wir haben  
123 euch im Blick.

124 Ebenso im Fokus stehen die kriminellen Mitglieder arabischstämmiger Großfamilien, die  
125 immer wieder mit Auftragsmorden, Körperverletzungen, Raubüberfällen, Erpressungen  
126 und Drogengeschäften in Verbindung gebracht werden. Ihr Treiben im Verborgenen sowie  
127 die Versuche, rechtsstaatliche Verfahren durch Einflussnahme auf Zeugen, Staatsanwälte,  
128 Richter und Pressevertreter auch mittels Drohungen und Gewalt zu behindern, werden wir  
129 auch weiterhin nicht tolerieren. Auch hier fährt die Polizei Berlin unter Innensenator Hen-  
130 kel eine Null-Toleranz-Strategie, um den in Teilen der Szene bestehenden Unangreifbar-  
131 keitsmythos zu brechen und Serienstraftäter frühzeitig aus dem Verkehr zu ziehen. Zudem  
132 haben wir erfolgreich die behördenübergreifende Zusammenarbeit mit dem Zoll, der Steu-  
133 erfahrung und der Ausländerbehörde konsequent fortgeführt, um die kriminellen Struk-  
134 turen dort zu treffen, wo es ihnen am meisten weh tut, beim Geld. Die Berliner CDU-  
135 Fraktion will sich weiterhin dafür einsetzen, dass die rechtlichen Möglichkeiten der Ab-  
136 schöpfung rechtswidrig erlangten Vermögens, z.B. durch eine Beweislastumkehr, ausge-  
137 baut werden.

### 138 ***Extremismus entgegengetreten – Terrorabwehr gestärkt***

139 Berlin nimmt als Metropole und politisches Zentrum Deutschlands eine besondere Stel-  
140 lung ein. Die Berliner Sicherheitsbehörden sind deshalb in besonderem Maße gefordert.  
141 Sie haben es mit Extremisten aller drei Spektren zu tun. Linke, Rechte und Islamisten ver-  
142 suchen, ein Klima des Hasses und der Angst zu schaffen. Wir werden das nicht hinnehmen  
143 und uns auch weiterhin entschieden gegen jede Form extremistischer Gewalt und Hetze  
144 stellen.

145 Die größte Gefahr für unsere freiheitlich-demokratische-Gesellschaft geht von den is-  
146 lamistischen Terroristen aus. Die Anschläge in Brüssel, Paris und anderen europäischen  
147 Metropolen machen deutlich, dass auch Berlin gefährdet ist. Mit dem Doppelhaushalt  
148 2016/17 ist auf Betreiben der Berliner CDU-Fraktion hin, ein umfangreiches Sicherheits-  
149 paket beschlossen worden. Dank der zusätzlichen Mittel für neue Waffen und eine Anti-  
150 Terror-Ausstattung des Landeskriminalamts ist die Polizei für die aktuelle Bedrohungslage  
151 gut gewappnet.

152 Die salafistische Szene ist in Berlin über Jahre hinweg auf über 700 Personen angewach-  
153 sen, die Hälfte davon gewaltbereit. Der Verfassungsschutz und die Polizei leisten bei ihrer  
154 Überwachungsarbeit viel, doch damit die Szene nicht weiter wächst, muss vor allem die  
155 stadtgesellschaftliche Gemeinschaft mehr tun, um junge Menschen frühzeitig davon ab-

156 zuhalten, sich in den Ideologien der Fanatiker zu verlieren. Den von Innensenator Henkel  
157 initiierten Diskurs über eine gemeinsame Präventions- und Deradikalisierungsstrategie  
158 zum extremistischen Salafismus sowie das von ihm initiierte Deradikalisierungsnetzwerk  
159 begrüßen wir ausdrücklich. Diese richtigen Ansätze müssen ausgebaut und weiterverfolgt  
160 werden. Wir dürfen diese jungen Menschen gar nicht erst zu einem Problem für die Si-  
161 cherheitsbehörden werden lassen.

162 Aber auch der Bereich des Links- und des Rechtsextremismus darf nicht vernachlässigt  
163 werden. Wir verurteilen den Versuch der Rechtsextremisten, im Zusammenhang mit dem  
164 Flüchtlingszustrom in der Bevölkerung bestehenden Unmut, für ihre Zwecke auszunutzen  
165 genauso, wie den Versuch der Autonomen Szene, im Bereich der Rigaer Straße rechtsfreie  
166 Räume zu schaffen. Die Sicherheitsbehörden haben in den letzten Jahren gezeigt, dass sie  
167 alle Extremismusbereiche gleichermaßen im Fokus haben. So hat der Verfassungsschutz  
168 unter Innensenator Henkel ein eigenes Referat für den Rechtsextremismus eingerichtet  
169 sowie die Öffentlichkeits- und Aufklärungsarbeit im Extremismusbereich intensiviert.

170 Auch die Polizei Berlin hat unter der Führung von Innensenator Henkel viel geleistet. Sie  
171 hat trotz der vielfältigen Aufgaben die Sicherheit in der Stadt und rund um die Flüchtlings-  
172 unterkünfte gewährleistet. Selbst größte Demonstrationen, wie die am 1. Mai, hat sie  
173 sicher gehandhabt. Dank guter Einsatzplanung und deeskalierendem Vorgehen, konnten  
174 die traditionellen Mai-Krawalle in Berlin weitgehend befriedet werden.

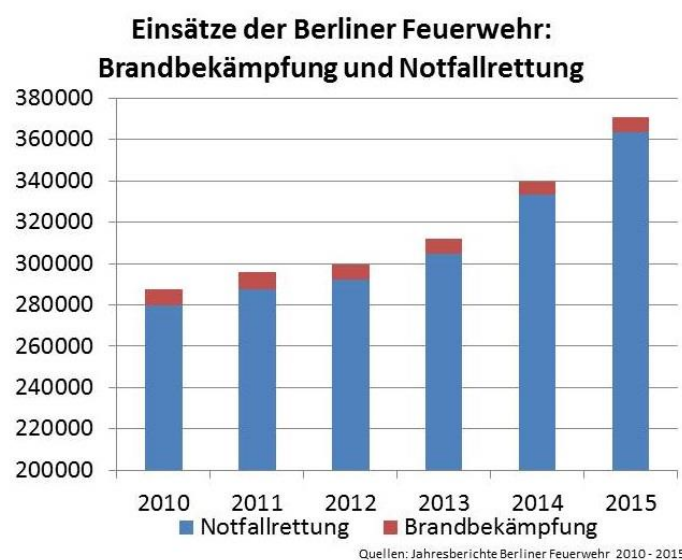
### 175 ***Konsequente Durchsetzung des Asylrechts – Zahl der Abschiebungen verdop-*** 176 ***pelt***

177 Berlin ist eines der Länder, das die Abschiebezahlen in den letzten Jahren deutlich gesteigert  
178 hat und auch im bundesweiten Vergleich im vorderen Bereich liegt. Berlin hat von  
179 2011 bis 2015 die Zahl der Abschiebungen jährlich kontinuierlich erhöht. Diesen Weg  
180 müssen wir angesichts des enormen Zustroms von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern  
181 im Jahr 2015 konsequent weitergehen. Mit den syrischen Kriegsflüchtlings sind auch vie-  
182 le Menschen zu uns gekommen, die nicht von Krieg und Terror bedroht sind, sondern sich  
183 hier eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Situation erhoffen. Dieser Wunsch ist ver-  
184 ständlich, dennoch können wir nicht alle von wirtschaftlicher Not bedrohten Menschen in  
185 Deutschland und Berlin aufnehmen.

186 Die im Zuge des Asylpaket II erfolgten Abschiebeerleichterungen müssen nun konsequent  
187 umgesetzt werden. Nur so werden wir die Akzeptanz der Bevölkerung für die Aufnahme  
188 derjenigen stärken, die auf unsere Hilfe angewiesen sind. Im Jahr 2015 konnten bereits  
189 806 Abschiebungen durchgeführt werden. Für 2016 hat Innensenator Henkel eine Steige-  
190 rung der Vorjahreszahlen angekündigt. Im ersten Quartal 2016 hat es bereits über 500  
191 Abschiebungen gegeben. Um den Flüchtlingszustrom zu bewältigen und die administrati-  
192 ve Begleitung von Abschiebungen zu ermöglichen, haben wir im Doppelhaushalt 2016/17  
193 für eine massive Aufstockung des Personals bei der Ausländerbehörde gesorgt.

### 194 **Feuerwehr nicht vergessen – Ehrenamt gestärkt**

195 Die Belastung der Berliner Feuer-  
196 wehr ist in den letzten Jahren stetig  
197 angestiegen. Berufsfeuerwehr und  
198 Freiwillige Feuerwehren haben mit  
199 viel Einsatz, aber auch mit politischer  
200 Unterstützung, die stetig steigenden  
201 Einsatzzahlen vor allem in der Not-  
202 fallrettung aufgefangen. Allein im  
203 Zeitraum von 2010 bis 2015 ist die  
204 Zahl der Einsätze im Rettungsdienst  
205 um 84.000, also um rund 30 % ge-



206 stiegen. Es wird dadurch immer schwerer die vereinbarten Schutzziele zu erreichen. Wir  
207 haben in den drei durch die CDU-Fraktion mitbeschlossenen Doppelhaushalten fast 200  
208 neue Stellen bei der Berliner Feuerwehr geschaffen und Innensenator Henkel hat mit Un-  
209 terstützung der Hilfsorganisationen dafür gesorgt, dass allein im vergangenen Jahr 13  
210 neue Rettungsfahrzeuge in Dienst gestellt werden konnten. Diese Maßnahmen schaffen  
211 Entlastung, können angesichts der Entwicklung aber noch nicht alles sein.

212 Die steigende Belastung, aber auch die zahlreichen Einsätze im Zusammenhang mit der  
213 Flüchtlingsunterbringung haben gezeigt, welcher Stellenwert der Freiwilligen Feuerwehr  
214 in Berlin zukommt. Mit dem aktuell noch in der parlamentarischen Beratung befindlichen  
215 Feuerwehrgesetz, wollen wir die Rechtsverhältnisse und die Rahmenbedingungen der An-  
216 gehörigen der Freiwilligen Feuerwehren in Berlin verbessern und so das Ehrenamt stärken.  
217 Wir wollen die Leistung der Kameradinnen und Kameraden anerkennen und würdigen,



218 deshalb begrüßen wir ausdrücklich die von Innensenator Henkel ergriffenen Maßnahmen  
219 dazu. Die 2014 vorgenommene Erhöhung der Aufwandsentschädigung von 2,56 Euro auf  
220 3,50 Euro je begonnener Einsatzstunde sowie die zusätzliche Funktionspauschalen für  
221 stellvertretende Wehrleiter und Jugendwarte sind nicht nur ein sichtbares Zeichen der  
222 Anerkennung, sondern auch Ausdruck von Wertschätzung.

223 Anerkennung und Wertschätzung drücken sich aber auch durch eine gute Ausstattung und  
224 instandgesetzte Wehrgebäude aus. Die Berliner CDU-Fraktion hat sich deshalb in der Koa-  
225 lition dafür stark gemacht, dass über die 7,5 Mio. Euro für zusätzliche Sachmittel hinaus,  
226 mit dem Doppelhaushalt 2016/17 auch der Sanierungsstau bei der Berliner Feuerwehr an-  
227 gegangen wird. Mit den Mitteln des Sondervermögens Infrastruktur der Wachsenden  
228 Stadt (SIWA), werden aktuell zahlreiche notwendige Sanierungsmaßnahmen bei Polizei  
229 und Feuerwehr vorangetrieben. Insbesondere aber die Freiwilligen Feuerwehren profitie-  
230 ren davon.

231 Die durch das Notfallsanitätergesetz des Bundes notwendig gewordene Umstellung des  
232 Rettungsdienstes ist bereits in vollem Gang. In einem neuen Rettungsdienstgesetz wollen  
233 wir die nötigen rechtlichen Grundlagen im Land Berlin gesetzlich implementieren. Um An-  
234 reize für eine Tätigkeit als Notfallsanitäter zu schaffen und finanzielle Einbußen während  
235 der Ausbildung auszugleichen, haben wir gerade erst die Notfallsanitäterzulage in Höhe  
236 von 200,- Euro pro Monat beschlossen.

237 Insgesamt wird zukünftig noch mehr für die Nachwuchsgewinnung getan werden müssen.  
238 Deshalb begrüßen wir auch die von Innensenator Henkel initiierte Neufassung der Feuer-  
239 wehr-Laufbahnverordnung, die das Ziel verfolgt, das Laufbahnrecht der Berliner Feuer-  
240 wehr moderner und flexibler und somit für Nachwuchskräfte attraktiver zu gestalten. Die  
241 aufgeführten Maßnahmen zeigen, dass wir die Berliner Feuerwehr nicht vergessen haben  
242 und das Ehrenamt auch weiterhin stärken werden.

### 243 ***Über 1.000 neue Stellen und bessere Ausstattung für mehr Sicherheit***

244 Seit 2011 hat sich der Etat der Senatsverwaltung für Inneres und Sport um 360 Millionen  
245 Euro auf nunmehr fast 2,2 Milliarden Euro erhöht. Im Doppelhaushalt 2016/2017 haben  
246 wir ein zusätzliches Sicherheitspaket durchgesetzt, durch das über 15 Millionen Euro für  
247 moderne Anti-Terror-Ausstattung zur Verfügung stehen. Denn es war immer klar, die Si-  
248 cherheitsbehörden müssen zur Erfüllung ihrer wichtigen Aufgaben mit ausreichend Perso-

249 nal und modernster Ausrüstung ausgestattet werden. Deshalb haben wir Schluss gemacht  
250 mit dem verantwortungslosen Personalabbau bei Polizei und Feuerwehr. Die rot-roten  
251 Vorgängerregierungen haben über 1.800 Stellen allein im Polizeivollzug abgebaut. Die Ber-  
252 liner CDU hat eine Trendumkehr eingeleitet und seit 2012 über 1.000 Stellen bei der Poli-  
253 zeil geschaffen. Hinzu kommen fast 200 neue Stellen bei der Feuerwehr und eine Aufsto-  
254 ckung des Personals beim Verfassungsschutz um ganze 25%! Davon wird Berlin in den  
255 nächsten Jahren profitieren.

### 256 ***Keine stille Akzeptanz der Gewalt gegen Einsatz- und Rettungskräfte***

257 Die steigende Zahl von Gewaltvorfällen gegen unsere Polizisten, aber auch gegen Feuer-  
258 wehrleute und Rettungskräfte, ist für die Berliner CDU-Fraktion völlig inakzeptabel. Die  
259 Kolleginnen und Kollegen sind Menschen, die zum Wohle der Allgemeinheit einen gefähr-  
260 lichen Job machen und deshalb zu Recht erwarten dürfen, dass sie die entsprechende Un-  
261 terstützung durch Staat und Gesellschaft erfahren. Sie sollen nicht um ihr eigenes Wohl  
262 fürchten müssen, sondern nach dem Dienst gesund zu ihren Familien zurückkehren kön-  
263 nen. Wer sich jeden Tag für unsere Sicherheit einsetzt, der hat Anspruch darauf, dass der  
264 Staat hinter ihm steht und Gewalttaten konsequent ahndet. Wir unterstützen deshalb die  
265 Initiativen zur Verbesserung des strafrechtlichen Schutzes auf Bundesebene. Zur besseren  
266 Analyse des Kriminalitätsphänomens haben wir die Erhebung eines jährlichen Landeslage-  
267 bildes „Gewalt gegen Polizeibeamte“ in Berlin eingeführt. Und mit der durch Innensenator  
268 Henkel initiierten Kampagne „Respekt? Ja, Bitte!“ haben wir uns dem in Teilen der Gesell-  
269 schaft voranschreitenden Verlust von Respekt vor unseren Einsatz- und Rettungskräften  
270 sichtbar entgegengestellt.

271 Wenn eine Polizeibeamtin oder ein Polizeibeamter im unmittelbaren Zusammenhang mit  
272 ihrer dienstlichen Tätigkeit zu Schaden gekommen ist, müssen sie ihre Ansprüche auch  
273 ohne Erschwernisse durchsetzen können. Wir haben dafür den behördlichen Rechtsschutz  
274 auch auf Zivilsachen erweitert.

275 Berlin muss sich offen für moderne Ansätze und Methoden zur Verhütung von Gewalt ge-  
276 genüber Polizistinnen und Polizisten zeigen. Ein solches Mittel könnte die sog. „Bodycam“  
277 sein. Sie wird gegenwärtig bei der Bundespolizei und mehreren Landespolizeien erprobt. In  
278 Berlin fehlt dafür leider die rechtliche Grundlage. Die vielversprechenden Ergebnisse eines  
279 in Hessen bereits abgeschlossenen Modellversuchs geben Anlass dazu, die „Bodycam“  
280 auch im Streifendienst der Polizei Berlin auszuprobieren. Die Schaffung der rechtlichen

281 und tatsächlichen Voraussetzungen dazu, wollen wir für die nächste Legislaturperiode ins  
282 Auge fassen.

283 ***Rechtliche Handlungsgrundlagen den aktuellen Herausforderungen ange-***  
284 ***passt***

285 Polizeiliches Eingreifen erfolgt stets auf der Grundlage von Recht und Gesetz. Die sicher-  
286 heitspolitischen Bedrohungen verändern sich jedoch mit der Zeit genauso, wie Fortschritt  
287 und Technik weiter voranschreiten. Wir wollen, dass die Polizei zur Bewältigung ihrer Auf-  
288 gaben gut gerüstet ist und dabei auch auf modernste Fahndungs- und Ermittlungsmetho-  
289 den zurückgreifen kann. Deshalb haben wir in dieser Legislaturperiode wichtige Änderun-  
290 gen im Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetz (ASOG) vorgenommen. Die Polizei  
291 kann nun zur Bekämpfung schwerer und schwerster Kriminalität rechtssicher auf das sog.  
292 KfZ-Kennzeichenscanning zurückgreifen. Zudem haben wir die Effektivität des Unterbin-  
293 dungsgewahrsams dadurch erhöht, dass als Störer bekannte Personen im Vorfeld polizeili-  
294 cher Großlagen für vier statt bislang nur für zwei Tage aus dem Verkehr gezogen werden  
295 können. Mit Blick auf die Organisierte Kriminalität haben wir eine wichtige Gesetzeslücke  
296 geschlossen. Durch die Polizei sichergestelltes illegal erworbenes Bargeld kann nunmehr  
297 zugunsten der Landeskasse eingezogen werden.

298 Kriminelle lassen sich bei ihrem Treiben nicht von nationalen Grenzen aufhalten. Deshalb  
299 haben wir die Grundlage dafür geschaffen, dass Berliner Polizistinnen und Polizisten im  
300 Rahmen von internationalen Abkommen hoheitlich im Ausland tätig werden können und  
301 auch Polizistinnen und Polizisten aus dem Ausland im Rahmen solcher Abkommen unsere  
302 Polizei vollwertig unterstützen können. Die von Innensenator Henkel abgeschlossenen  
303 Hospitationsvereinbarungen mit Rumänien und Bulgarien zeigen, welche Möglichkeiten  
304 des Erfahrungsaustausches sich dadurch für die Polizei Berlin bieten. So haben gemeinsa-  
305 me Streifengänge von Berliner Polizistinnen und Polizisten mit rumänischen Kollegen auf  
306 Berliner Weihnachtsmärkten zu großer Verwunderung bei so manchem südosteuropäi-  
307 schem Taschendieb geführt. Im Kampf gegen Taschendiebe und Hütchenspieler konnte die  
308 Polizei so von dem Wissen und den Erfahrungen ihrer rumänischen Kollegen profitieren.

309 Darüber hinaus hat der Senat auf Initiative von Innensenator Henkel, durch den Erlass der  
310 Bettelverordnung, das Betteln in Begleitung von Kindern oder durch Kinder untersagt. Wir  
311 begrüßen diesen Vorstoß sehr, der das Wohl der Kinder in den Blick nimmt. Kinder gehö-  
312 ren in die Schule, wo sie die Grundlagen für eine erfolgreiche Integration vermittelt be-  
313 kommen.

314 Berlin ist die Versammlungs-  
315 hauptstadt Deutschlands. In  
316 den letzten Jahren ist die Zahl  
317 der im Rahmen der politischen  
318 Auseinandersetzung stattfin-  
319 denden Aufzüge und Kundge-  
320 bungen rasant angestiegen. Im  
321 Vergleich zum Jahr 2010 hat  
322 sich die Zahl der Versammlun-  
323 gen in 2015 auf rund 5.000



324 Versammlungen verdoppelt. Dadurch entsteht eine enorme zusätzliche Belastung für die  
325 ohnehin angespannte personelle Situation der Polizei.

326 Um der Polizei die Absicherung von versammlungsrechtlichen Großlagen zu erleichtern  
327 haben wir ein Gesetz zur Fertigung von Übersichtsaufnahmen bei Versammlungen ge-  
328 schaffen. Im Zuge der dynamischen Entwicklung der Versammlungslage in Berlin, wollen  
329 wir zukünftig auch darüber nachdenken, ob von der mit der Föderalismusreform in die Ge-  
330 setzgebungskompetenz der Länder übergegangene Möglichkeit des Erlasses eines Landes-  
331 versammlungsgesetzes Gebrauch gemacht werden sollte.

## 332 **Weitere notwendige Maßnahmen aus Sicht der CDU-Fraktion**

333 Nicht alles, was wir gerne umgesetzt hätten oder sich im Laufe der Legislaturperiode als  
334 notwendig herausgestellt hat, konnte in der Koalition mit der SPD umgesetzt werden.  
335 Häufig waren Einwände und Bedenken des Koalitionspartners schwer nachvollziehbar.  
336 Letztlich führte die Blockadehaltung dazu, dass einige wichtige Maßnahmen nicht reali-  
337 siert oder nicht im beabsichtigten Umfang umgesetzt werden konnten.

338 Gerne hätten wir den Sicherheitsbehörden im Kampf gegen die Schwerstkriminalität und  
339 den Terror noch weitere Ermächtigungsgrundlagen an die Hand gegeben. So wollten wir

340 einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 2012 entsprechend, eine  
341 landesrechtliche Regelung für die Bestandsdatenauskunft im Bereich der Gefahrenabwehr  
342 schaffen. Konnte sich die Große Koalition im Bund noch auf eine gesetzliche Regelung der  
343 Vorratsdatenspeicherung verständigen, so war dies mit der Berliner SPD auf Landesebene  
344 nicht möglich. Auch hier müssen die Berliner Sicherheitsbehörden in der Folge auf die  
345 Möglichkeit der Abrufung von Verkehrsdaten zum Zwecke der Gefahrenabwehr verzich-  
346 ten. Aus Sicht der Berliner CDU-Fraktion ist diese unnötige Einschränkung der Sicher-  
347 heitsbehörden fahrlässig und kann sich schlimmstenfalls zum Nachteil von Menschenleben  
348 auswirken.

349 Zum Schutz unserer Polizistinnen und Polizisten, die im Dienst dem erhöhten Risiko einer  
350 Infektionskrankheit ausgesetzt sind, hätten wir gerne eine Rechtsgrundlage für die prä-  
351 ventive Blutentnahme geschaffen, aber auch das war leider nicht möglich. Genauso wie die  
352 rechtlich einwandfreie Einordnung des Tasers im Gesetz über die Anwendung unmittelba-  
353 ren Zwangs (UZwG). Der Taser muss aufgrund der unklaren rechtlichen Situation nun auch  
354 weiterhin rechtlich wie eine Schusswaffe behandelt werden. Dies erschwert unnötig die  
355 Einsatzmöglichkeiten diesen zunehmend als sinnvolle Ergänzung der polizeilichen Ein-  
356 satzmittel erachteten Zwangsmittels. Die Berliner CDU-Fraktion spricht sich ausdrücklich  
357 für eine Erprobung des Tasers im Streifendienst aus, um den Polizistinnen und Polizisten  
358 für jede Einsatzsituation das richtige Mittel an die Hand zu geben.

359 Im Land Berlin ist die Möglichkeit der Sicherheitsbehörden zur Videoüberwachung im öf-  
360 fentlichen Raum an sehr hohe Voraussetzungen geknüpft. Seit langem ist der kriminalprä-  
361 ventive Wert von Videoüberwachungen bei der Vorbeugung von Straftaten bekannt. Den-  
362 noch liegt der eigentliche Wert vor allem bei der Verfolgung von Straftaten. So können  
363 Tatverdächtige häufig erst aufgrund der Aufzeichnungen ermittelt werden. Intelligente  
364 Kameratechnik kann heute sogar Straftaten bereits selbständig erkennen. Im ÖPNV haben  
365 wir mit der Videoüberwachung positive Erfahrungen gemacht, was sich in den Statistiken  
366 widerspiegelt. Deshalb hat Innensenator Henkel zu Recht einen wissenschaftlich begleite-  
367 ten Modellversuch zur Videoüberwachung im öffentlichen Raum, z.B. am Alexanderplatz,  
368 vorgeschlagen. Dazu bedarf es zunächst einer Änderung der gesetzlichen Grundlagen, die  
369 wir angehen wollen.

370 Die vorstehenden Punkte zeigen deutlich, dass in Berlin einzig die CDU die Kraft der Inne-  
371 ren Sicherheit ist. Nur mit ihr werden die Berliner Sicherheitsbehörden die Unterstützung  
372 erhalten, die sie für ihre wichtige Aufgabe benötigen.

## 373 **Innere Sicherheit in der wachsenden Stadt – für ein starkes Berlin** 374 **2016-2021**

375 Berlin wächst! Prognosen gehen davon aus, dass Berlins Bevölkerung bis zum Jahr 2030 um  
376 266.000 Personen auf dann rund 3,8 Mio. Einwohner wächst. Durch den Zuwachs hat Ber-  
377 lin viele Chancen, aber auch viele Herausforderungen zu bewältigen. Der Bereich der Inne-  
378 ren Sicherheit muss mit dem Wachstum Berlins schritthalten. Deshalb will die Berliner  
379 CDU-Fraktion auch weiterhin die Weichen für eine sichere Zukunft und ein starkes Berlin  
380 stellen.

381 Angesichts der immer zahlreicher werdenden Aufgaben von Polizei und Feuerwehr wollen  
382 wir den eingeschlagenen Weg konsequent weitergehen. Die Trendumkehr ist vollzogen,  
383 nun gilt es die Berliner Sicherheitsbehörden auch für die Zukunft gut aufzustellen. Bei der  
384 Polizei heißt das, dass wir die in den Jahren von 2001–2011 abgebauten 1.800 Stellen im  
385 Polizeivollzug Schritt für Schritt wieder aufbauen wollen. Die ersten Schritte dazu sind  
386 getan, daran gilt es anzuknüpfen. Bei der Feuerwehr wollen wir auch weiterhin für Entlas-  
387 tung in der Notfallrettung durch mehr Personal und zusätzliche Mittel sorgen.

388 Wir werden die Kriminalitätsschwerpunkte in unserer Stadt auch weiterhin gezielt und  
389 effektiv angehen, um deutlich zu machen, dass es auch zukünftig in Berlin keine „No-go-  
390 areas“ oder rechtsfreie Räume geben wird. Hierzu gehört für uns ganz klar auch die Aus-  
391 weitung der Videoüberwachung im ÖPNV und im öffentlichen Raum. Dazu sollte umge-  
392 hend die rechtliche Grundlage für einen Modellversuch geschaffen werden, wie ihn der  
393 Innensenator vorgeschlagen hat. Dabei könnte hoch moderne intelligente Kameratechnik  
394 zum Einsatz kommen.

395 Null-Toleranz wird es von unserer Seite nicht nur gegenüber der Organisierten Kriminali-  
396 tät, sondern auch gegenüber allen Versuchen geben, eine eigene Rechtsordnung oder  
397 Strukturen einer Paralleljustiz zu etablieren. Eine „Scharia-Polizei“ wie es sie in Nordrhein-  
398 Westfalen gab, werden wir genauso wenig wie Bürgerwehren auf unseren Straßen dulden.  
399 Das Gewaltmonopol liegt beim Staat und wir werden es auch durchsetzen. Deshalb brau-

400 chen wir starke Sicherheitsbehörden, die die freiheitlich-demokratische Grundordnung  
401 unseres Landes schützen und die pluralistische Gesellschaft ermöglichen. Wir wollen den  
402 Extremismus in unserer Stadt entschieden bekämpfen und die Sicherheitsbehörden mate-  
403 riell wie personell mit dem ausstatten, was sie dazu benötigen. Der entschlossene Schutz  
404 unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung ist und bleibt das Maß aller Dinge für  
405 die Berliner CDU-Fraktion!

406 Die Beamtinnen und Beamten der Berliner Sicherheitsbehörden machen tagtäglich mit  
407 ihrem Einsatz und Engagement einen guten Job, von der Verkehrssicherheit über die Not-  
408 fallrettung bis hin zur Terrorabwehr. Ihre Arbeit ist Voraussetzung für das friedliche Zu-  
409 sammenleben in unserer Stadt und gar nicht hoch genug zu achten und zu schätzen. Des-  
410 halb wollen wir uns auch weiterhin für eine Anpassung der Besoldung der Berliner Beam-  
411 tinnen und Beamten an den Bundesdurchschnitt einsetzen.

## 412 **Schluss**

413 Die CDU Berlin hat in dieser Legislaturperiode erfolgreich damit begonnen, die Misstände  
414 von Rot-Rot anzugehen. Wir haben schon einiges erreicht: Berlin ist sicherer geworden.  
415 Überall dort, wo wir mit Innensenator Henkel Schwerpunkte in der Inneren Sicherheit ge-  
416 setzt haben, sind wir erfolgreich. Die Handschrift der Berliner CDU-Fraktion ist in einer  
417 nicht immer ganz einfachen Koalition in Form von zahlreichen kleinen und großen Erfol-  
418 gen, erkennbar und sichtbar geworden. Wir wollen diese Arbeit für unsere Stadt fortset-  
419 zen. In fünf Jahren konnten noch nicht alle Fehlentscheidungen der Vorgängerregierungen  
420 behoben werden. Wir wollen weiterhin für Sicherheit, Stabilität und Verlässlichkeit sorgen,  
421 in einer Zeit, in der vieles im Umbruch ist. Denn wir als CDU-Fraktion wollen ein starkes  
422 Berlin.

